

Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales

über den Antrag 100/A(E) der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sicherstellung der Ausbildung von Pflegekräften

Die Abgeordneten Ing. Norbert **Hofer**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 3. Dezember 2008 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„In den letzten Jahren wurde in Österreich heftig über den sogenannten Pflegenotstand diskutiert. Und obwohl einige zaghafte Maßnahmen gesetzt wurden, warten die meisten Probleme nach wie vor auf eine Lösung. Es wurde bereits viel über Modelle diskutiert, wie man die ausländischen Pflegekräfte legal beschäftigen kann und manchmal gibt es auch heftige Auseinandersetzungen in der Frage, wie die Pflege und Betreuung der Betroffenen finanziert werden soll. Aber im wahrscheinlich wichtigsten Bereich - der Ausbildung neuer Pflegekräfte - bewegt sich nichts.

Angesichts der demographischen Entwicklung stellt sich die Frage, wer in Zukunft die Pflege- und Betreuung der vielen - und in Zukunft werden es immer mehr - Betroffenen durchführen soll. Einerseits gibt es immer mehr ältere Menschen, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sind und auf der anderen Seite gibt es nach wie vor keine mutige Ausbildungsoffensive bei den Pflegeberufen. Diese ist aber dringend notwendig, zumal es fraglich ist, wie lange die ausländischen Pflegekräfte in Österreich überhaupt noch zur Verfügung stehen werden. Auch in den Heimatländern der Pfleger und Betreuer werden die Löhne steigen, was zwangsläufig dazu führen wird, dass die ausländischen Pflegekräfte in Österreich immer weniger werden.

Um den potentiellen Schülern von Gesundheits- und Krankenpflegeschulen einen Anreiz und gleichzeitig Perspektiven zu bieten, sind am derzeitigen Ausbildungssystem Änderungen vorzunehmen. Es wird jedenfalls erforderlich sein, die Pflegeschulen in den Regelschulbetrieb des Bundes zu übernehmen, um den Schülern dann auch die Möglichkeit zu eröffnen, die Schule mit einer Fachmatura abzuschließen. Dadurch steht es auch diesen Absolventen offen, sich auf Fachhochschulen weiterzubilden oder ein weiterführendes Studium an einer Universität zu beginnen.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 27. Juni 2012 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter für den Ausschuss Abgeordneten Ing. Norbert **Hofer**, die Abgeordneten Karl **Öllinger**, Ursula **Haubner**, Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Oswald **Klikovits**, Dr. Sabine **Oberhauser**, MAS, Erwin **Spindelberger**, August **Wöginger** und Bernhard **Vock** sowie der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf **Hundstorfer**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit (**für den Antrag**: F,B, **dagegen**: S,V,G).

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Ulrike **Königsberger-Ludwig** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2012 06 27

Ulrike Königsberger-Ludwig

Berichterstatterin

Renate Csörgits

Obfrau